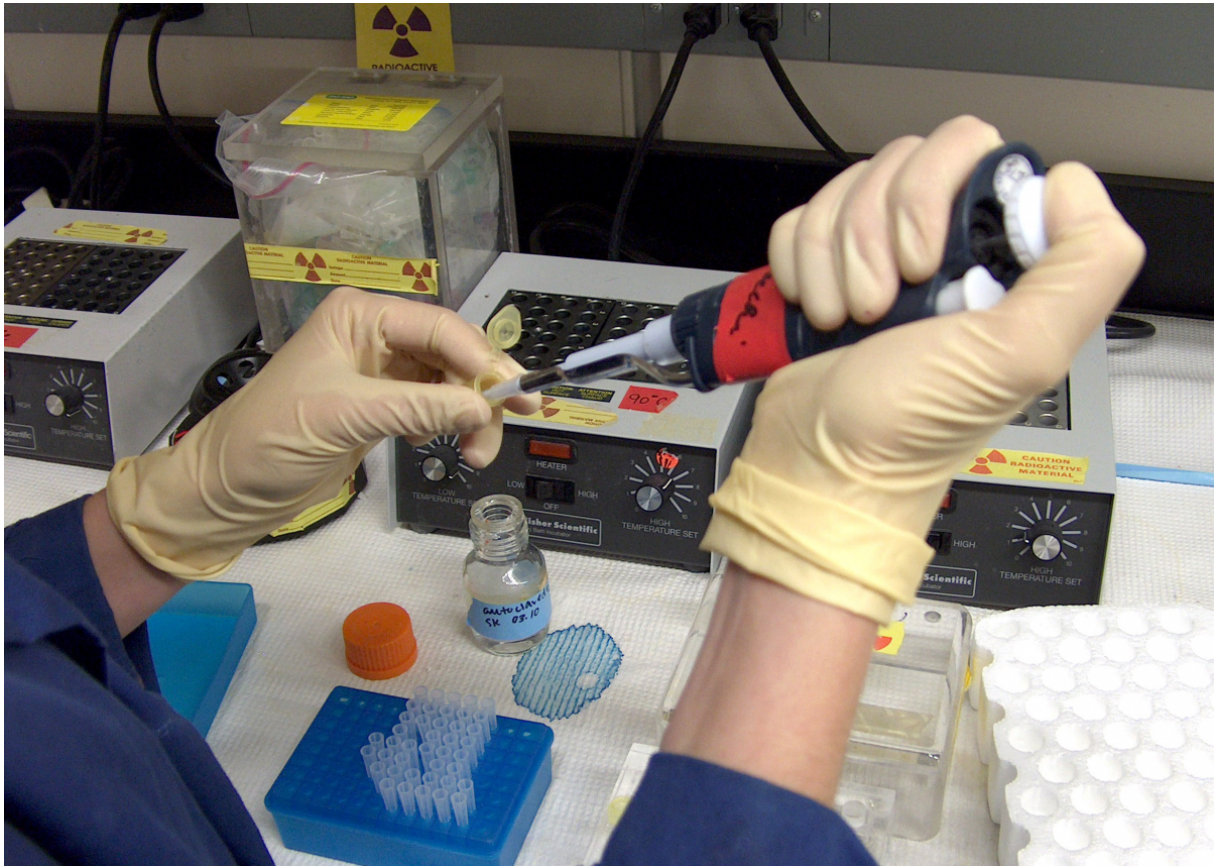


Infodienst Gentechnik

Kritische Nachrichten zur Gentechnik in der Landwirtschaft



Daten zu Gentechnik-Risiken stammen meist aus den Laboren der Industrie (Foto: Daino_16 / freemages)

Interview: „Man muss sich auf das verlassen, was die Industrie vorsetzt“

Veröffentlicht am: 17.12.2014

Mit einer Petition wollten mehrere NGOs erreichen, dass sich der Bundestag mit möglichen Interessenkonflikten bei deutschen Behörden beschäftigt, die unter anderem Risiken von Gentechnik-Pflanzen und Pestiziden bewerten. Der Petitionsausschuss des Parlaments sah dazu aber keinen Anlass – und lehnte das Anliegen ab. Im Interview erklärt einer der Initiatoren, Christoph Then vom Verein Testbiotech, wie eine unabhängige Risikobewertung organisiert und finanziert werden könnte.

Infodienst (ID): Sie kritisieren deutsche und europäische Behörden immer wieder als zu industrienah, wenn es um die Bewertung von Gentechnik-Risiken geht. Per Petition wollten Sie und Ihre Partner das Thema vor den Bundestag bringen, das wurde nun aber abgelehnt. Was genau wollten Sie erreichen?

Christoph Then (CT): Wir wollten erstens erreichen, dass überprüft wird, ob die Behörden so unabhängig sind wie sie sein sollten. Und zweitens, dass die Risikoforschung anders organisiert wird. Wir sind der Ansicht, dass wesentlich mehr Mittel erforderlich wären für eine industrie-unabhängige Risikoforschung. Die Industrie sollte sich daran beteiligen, indem sie zum Beispiel in einen Fonds einzahlt. An der Entscheidung, wie diese Mittel dann vergeben werden, sollte auch die Zivilgesellschaft beteiligt werden. Und auch daran, welche Risiken untersucht werden.

ID: Gibt es für solche Verfahren, das Geld anders zu verteilen, konkrete Vorbilder?

CT: Es gibt Modelle, bei denen die Industrie an den Kosten beteiligt wird, zum Beispiel bei der Atom- oder Pestizidindustrie. Das gibt es bei der Biotechnologie bislang nicht, soweit ich weiß. Auch partizipative Verfahren zur Verteilung von Forschungsgeldern sind nicht üblich. Bei der Energiewende sind die Umweltverbände ja recht eng eingebunden, aber in den Bereichen Technologie, Innovationsförderung oder in der Umsetzung von Forschungsprogrammen spielt die Zivilgesellschaft derzeit keine Rolle.

ID: Was wäre denn eine realistische Summe, die man für eine unabhängige Risikoforschung zur Gentechnik jährlich bräuchte?

CT: Da darf man nicht zu knapp denken. Es muss ein Impuls gesetzt werden, der alle Lehrstühle erreicht, die sich mit Agro-Gentechnik und Umwelt beschäftigen. Und das Budget muss so groß sein, dass ein echter Anreiz und Wettbewerb um diese Mittel entsteht. Außerdem muss es eine Kontinuität über mehrere Jahre geben, so dass ein Wissenschaftler, der sich bewirbt und vielleicht etwas Kritisches findet, weiß, dass er sich im nächsten Jahr wieder bewerben kann, dass er nicht bestraft und nicht ausgeschlossen wird aus der scientific community, wie es jetzt der Fall ist. Und wenn man so ein Forschungsprogramm über beispielsweise zehn Jahre auflegen würde, dann geht es sicherlich um dreistellige Millionenbeträge.

ID: Würde mehr unabhängige Risikoforschung, wie Sie sie fordern, nicht auch weitere Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen beinhalten?

CT: Da gibt es eine ganze Reihe von heiklen Punkten: braucht man Freisetzungsversuche eigentlich? Werden möglicherweise mehr Tierversuche durchgeführt? Das ist ja ethisch auch umstritten. Wenn es so ein Programm geben würde, könnten wir das nicht in allen Details vorhersehen. Es könnte sein, dass es Vorschläge gibt, Freisetzungsversuche zu machen. Aber wir fordern ja, dass die Gesellschaft an der Entscheidung beteiligt wird und es so ein Korrektiv geben würde. Es gibt bestimmte Fragestellungen, bei denen man über Freisetzungen diskutieren muss. Aber es ist kein Problem, Forschungsprojekte und -ziele zu benennen, die mit Freisetzung nichts zu tun haben, zum Beispiel zur Frage, wie das eingebaute Gen-

konstrukt mit dem Genom der Pflanze interagiert und wie es auf Umweltrisikoreagiert. Oder dazu, welche Schäden bei Nichtzielorganismen wie Insekten auftreten können. Das könnte man auch ohne Freisetzen gründlich untersuchen – und in vielen Fällen auch ohne Versuche mit Säugetieren. Da gibt es ein großes Forschungsfeld, das aber wenig bearbeitet worden ist und oft als nicht relevant betrachtet wurde, obwohl zum Beispiel Umweltwechselwirkungen und ungewollte Effekte in der Gentechnik-Pflanze für die Risikobewertung sehr wichtig sind. Da gibt es auch neue Forschungsmethoden wie die Metabolom-Forschung, wo man sehr viel genauer als noch vor ein paar Jahren messen kann, was beim Zellstoffwechsel passiert.

BEISPIEL TABAKINDUSTRIE: „ALLE HABEN MITGEMACHT.“

ID: In Ihrer Begründung der Petition haben Sie auf konkreten Interessenkonflikte bei den Gentechnik-Experten der Behörden hingewiesen. Hat sich in der Zwischenzeit etwas an der Situation geändert?

CT: Einige Gremien sind neu besetzt worden, beim BfR [Bundesinstitut für Risikobewertung, Anm. d. Red.] beispielsweise der Beirat für Gentechnik, es hat dabei aber keine bahnbrechenden Änderungen gegeben. Nach wie ist zum Beispiel auch der Vorsitzende des Max-Rubner-Instituts [Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel, Anm. d. Red.], Herr Rechkemmer, eng verbunden mit Industrie-Einrichtungen wie dem International Life Sciences Institute. Und auch an der grundsätzlichen Zusammensetzung der Gremien hat sich nichts geändert. Wir halten es nach wie vor für äußerst relevant, dass man da klarere Kriterien für Interessenkonflikte entwickelt und die Abgrenzung von der Industrie stärkt. Bis vor wenigen Jahren war es zum Beispiel bei der Tabakindustrie gang und gäbe, dass sich hochrangige Wissenschaftler und auch Behörden immer wieder von der Industrie einladen ließen und dann hinterher über die Risiken des Rauchens gesprochen haben. Die haben sich nichts mehr dabei gedacht, weil alle mitgemacht haben. Das war der Mainstream. Mittlerweile gibt es eine Datenbank, wo die Daten alle abfragbar sind. Bei der Biotechnologie haben wir das noch nicht, da ist aber die Interessenlage ähnlich. Alle laufen der Industrie hinterher und keiner merkt es mehr, weil es ganz selbstverständlich geworden ist.

ID: Jüngst haben Sie darauf hingewiesen, dass ein Wissenschaftler aus Hannover, Pablo Steinberg, der zurzeit im Auftrag der EU eine Risikostudie mit gentechnisch verändertem Mais durchführt, auch eine beratende Tätigkeit bei einem Fachjournal ausübt, in dem erste Teilergebnisse der Studie veröffentlicht wurden. Es könne also ein Fall von „Selbst-Publikation“ vorliegen. Außerdem sei der Autor auch Mitglied in einer, vermutlich gut bezahlten, Expertengruppe der schon erwähnten Industrie-Lobbyorganisation ILSI. Wie kommt es dazu, dass ein so wichtiges Forschungsprojekt der öffentlichen Hand derart vergeben wird?

CT: Also ob das bei ILSI gut bezahlt ist, weiß ich nicht. Aber zumindest ist Herr Steinberg dort kontinuierlich in einer Arbeitsgruppe eingebunden – und ILSI wird zu 100 Prozent von der Industrie bezahlt und auch von Gentechnik-Unternehmen. Man kann nicht als unabhängiger Wissenschaftler auftreten und sich gleichzeitig in Strukturen einbinden lassen, die von der Industrie dominiert und finanziert werden. Grob gesagt sind es immer die gleichen Struk-

turen, die gleichen Wissenschaftler, die gleichen Experten, die von der EU Millionengelder bekommen und die beim genaueren Hinsehen aber nicht unabhängig von der Industrie sind, zu wenig Distanz zu ihr haben. Vielleicht auch, weil sie persönlich davon überzeugt sind, dass die Gentechnik eine ganz tolle Technologie ist. Eine wirklich kritische Auseinandersetzung mit den Risiken findet in der EU eigentlich nicht statt, muss man leider sagen. Die Bundesregierung und die EU sind ja eher ausgerichtet auf die Förderung von Innovation, Technologie und Wettbewerb. Und zu dieser Logik passt eine wirklich kritische Risikoforschung nicht, die auch dazu führt, dass bestimmte Produkte gar nicht erst auf den Markt kommen. Natürlich will man die schlimmsten Schäden verhindern, wie akute gesundheitliche Probleme. Aber Langzeitfolgen und gesundheitliche Probleme, die komplexer sind, bleiben unbeachtet. Die Gesellschaft ist auf diesem Auge im Grunde blind geworden, man weiß immer weniger über die neuen Produkte, die auf den Markt kommen. Man muss sich letztendlich auf das verlassen, was die Industrie vorsetzt.

UNIVERSITÄTEN: „DER FEHLER IST IM SYSTEM ANGELEGT“

ID: Hat es vielleicht auch etwas mit der Ausbildung der Wissenschaftler zu tun? Kommen in fachlich sehr anspruchsvollen Studiengängen wie Molekularbiologie vielleicht Fragen der Forschungsethik oder die Betrachtung aus anderen Perspektiven zu kurz?

CT: Wenn ich Moment so einen Studiengang belege, habe ich nur dann gute wirtschaftliche Aussichten, wenn ich lerne, Produkte herzutellen oder neue Technologien zu entwickeln. Grundlagenforschung wurde hingegen eher zurückgefahren. Und als Student habe ich keinerlei wirtschaftlichen Anreiz in die Risikoforschung zu gehen, da gibt es keine Karriere. Ich kann da nur reingehen und im Grunde meine Karriere sofort beenden, indem ich anfangs, kritische Fragen zu stellen. Die Wissenschaft hängt am Gängelband der Industrie. Und das ist nicht unbedingt die Verantwortung der einzelnen Wissenschaftler, sondern der Fehler ist im System angelegt. Da müssen wir umsteuern, wofür wir aber erhebliche Mittel brauchen.

ID: Obwohl Gentechnik in der Landwirtschaft und im Essen laut Umfragen bei kaum jemandem gut ankommt, haben Sie nur einige Tausend Unterschriften sammeln können. Ist das Thema Risikobewertung vielleicht zu abstrakt?

CT: Es war vielleicht ein Fehler, die Hürden für die Kommunikation unterschätzt haben. Wenn Menschen „Gentechnik im Essen“ hören, denken sie: „Das will ich nicht!“ Wenn sie „Gentechnik und Forschung“ hören, denken sie vielleicht: „Das brauch' ich nicht.“ Man muss den Leuten erklären, dass diese Produkte tatsächlich auf den Markt kommen, vor allem als Futtermittel für Tiere. Rund 50 gentechnisch veränderte Pflanzen sind in der EU als Lebens- und Futtermittel zugelassen. Und wir haben das Problem, dass wir immer weniger wissenschaftlich hinterfragen können, was die Industrie auf den Markt bringt. Aber das ist natürlich nicht so einfach, wie zu sagen: „Gentechnik raus aus meinem Supermarkt!“ Da muss man langfristiger denken und die Leute mitnehmen - das haben wir vielleicht zu wenig gemacht. Aber unser forschungspolitisches Anliegen können wir sowieso nicht in ein, zwei Jahren erreichen, das braucht viel mehr Zeit und Diskussion.

--

Dr. Christoph Then ist studierter Tierarzt. Als Geschäftsführers des Vereins „Testbiotech - Institut für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie“ beschäftigt er sich seit Jahren mit den Risiken von gentechnisch veränderten Pflanzen und dem Einfluss der Industrie auf Behörden.

Links zu diesem Artikel

- [testbiotech: Petition zur Gentechnik-Risikoforschung im Bundestag gescheitert \(17.12.14\)](#)
- [Petitionsausschuss Bundestag: Begründung für Ablehnung \(13.11.14\)](#)
- [Gentechnik-Kritiker starten Petition gegen Behörden-Filz \(16.05.13\)](#)